



Innenausschuss

71. Sitzung (öffentlich)

19. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

- mündlicher Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, die bisherigen Tagesordnungspunkte „Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze“ in Verbindung mit „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“, 6 „Effektive Kriminalprävention durch eine Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit“ und 7 „Den Katastrophenschutz in NRW stärken – Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen“ heute nicht zu beraten.

1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])

11

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

2 25. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen 13

Vorlage 17/3450

in Verbindung mit:

Stellungnahme der Landesregierung zum 25. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Vorlage 17/3793

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, dem Plenum zu empfehlen, den 25. Bericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Vorlage 17/3450 und die Stellungnahme der Landesregierung Vorlage 17/3793 zur Kenntnis zu nehmen.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (2. Ergänzung)
Vorlage 17/3968
Vorlage 17/4020
Vorlage 17/4025
Vorlage 17/4160
Vorlage 17/4161
Vorlage 17/4162
Vorlage 17/4163

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– abschließende Beratung, Änderungsanträge der Fraktionen und Abstimmung

in Verbindung mit:

Personalsituation bei der Polizei NRW (*Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 2]*)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der Fraktionen ab, siehe Vorlage 17/4249.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze 26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8746

in Verbindung mit:

Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7914

Ausschussprotokoll 17/1147

– abschließende Beratung und Abstimmung

– wird nicht behandelt

5 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11622

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in einer Obleuterunde zu klären.

6 Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11673

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Gesetzentwurf zusammen mit dem vom Minister in der Plenarrede für das erste Quartal 2021 angekündigten Gesetzentwurf der Landesregierung zu beraten.

7 Effektive Kriminalprävention durch eine Stärkung der sozialraum-orientierten Polizeiarbeit 29

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7750

Stellungnahme 17/2196
Stellungnahme 17/2217
Stellungnahme 17/2218
Stellungnahme 17/2302
Stellungnahme 17/2304

Ausschussprotokoll 17/1102

– wird nicht behandelt

8 Den Katastrophenschutz in NRW stärken – Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen 30

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9348

Stellungnahme 17/3013
Stellungnahme 17/3078
Stellungnahme 17/3090
Stellungnahme 17/3094
Stellungnahme 17/3156

– wird nicht behandelt

- 9 Entwurf einer Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Paßgesetz, dem Personalausweisgesetz und dem eID-Karte-Gesetz zuständigen Verwaltungsbehörden** 31
- Vorlage 17/4060
Drucksache 17/11636
- Anhörung des Innenausschusses
- keine Wortbeiträge
- 10 Aktualisierung zum Stand der Ermittlungen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Bestrebungen in den NRW-Sicherheitsbehörden (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** 32
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 11 Aktuelle Gefährdungslage in NRW im Zusammenhang mit islamistischen Ideologien (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 3])** 38
- in Verbindung mit:
- Wie bewertet die Landesregierung die Gefährdungslage in Nordrhein-Westfalen nach den aktuellen islamistischen Terrorakten? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])**
- in Verbindung mit:
- Aktuelle Gefährdungslage durch den gewaltbereiten Islamismus in NRW (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4216
- Wortbeiträge

- 12 Welche Bilanz zieht die Polizei im Hinblick auf die Einhaltung der seit dem 02.11.2020 geltenden Corona-Schutzmaßnahmen? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])** **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4193

– keine Wortbeiträge

- 13 Tötungsversuch auf offener Straße in Bad Oeynhausen (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])** **42**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4215

– Wortbeiträge

- 14 Antifa-Strukturen in Krefeld (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])** **43**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4214

– keine Wortbeiträge

- 15 Einsätze am letzten Wochenende im Oktober (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])** **44**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4201

– keine Wortbeiträge

- 16 Bekämpfung von Femiziden in NRW (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])** **45**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4189

– Wortbeiträge

- 17 Von Verschwörungsmythen geprägte Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4218
- keine Wortbeiträge
- 18 (Neu-)Bewertung der rechtsextremen bürgerwehähnlichen Gruppierungen in NRW** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **47**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4217
- Wortbeiträge
- 19 Mittel aus dem Corona-Rettungsschirm für den nicht-aktivierten Krisenstab** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **48**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4192
- Wortbeiträge
- 20 Fehlender Krisenstab der Landesregierung in COVID-19-Pandemie** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **49**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4191
- Wortbeiträge

- 21 Berechtigte Zweifel an der Wirksamkeit der „strategischen Fahndung“**
(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]) **51**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4190
- keine Wortbeiträge
- 22 Umstrittene Polizei-Software der Firma P. für das LKA NRW** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **52**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4200
- keine Wortbeiträge
- 23 Wieso veröffentlicht das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Erlass, der an die Ordnungsbehörden gerichtet ist?**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]) **53**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 24 Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Neubesetzung des Amtes des/der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])* **56**
- mündlicher Bericht der Landesregierung

3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (2. Ergänzung)
Vorlage 17/3968
Vorlage 17/4020
Vorlage 17/4025
Vorlage 17/4160
Vorlage 17/4161
Vorlage 17/4162
Vorlage 17/4163

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– abschließende Beratung, Änderungsanträge der Fraktionen und Abstimmung

(Der Gesetzentwurf wurde am 07.10.2020 nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.)

in Verbindung mit:

Personalsituation bei der Polizei NRW (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 2])

Minister Herbert Reul (IM) berichtet wie folgt:

Im Koalitionsvertrag wurde beschlossen, die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten in NRW zu erhöhen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, die Einstellungszahlen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter bis mindestens 2022 auf 2.300 zu erhöhen. Das haben wir 2017 und 2018 gemacht. 2019 sind wir noch weitergegangen und haben auf 2.500 erhöht. In diesem Jahr können wir sogar 2.560 Einstellungen vornehmen.

Wir haben auch beschlossen, noch in diesem Jahr weitere 100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter zunächst im Rahmen eines Angestelltenverhältnisses einzustellen, sodass dieses Jahr effektiv 2.660 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre Ausbildung beginnen können.

2021 sollen dann insgesamt 2.760 Stellen zur Verfügung stehen, sodass die 100 zusätzlichen des Jahres 2020 aus dem Angestelltenverhältnis in ein

Beamtenverhältnis auf Widerruf übernommen werden und im Jahr 2021 erneut 2.660 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre Ausbildung beginnen können.

Dadurch und durch die Möglichkeit für Polizistinnen und Polizisten, ihre Lebensarbeitszeit zu verlängern, haben wir konstante Zahlen. Bis 2024 steigern wir sie sogar von derzeit rund 40.000 Polizistinnen und Polizisten auf voraussichtlich über 41.000.

Dazu kommen bis 2022 jährlich 500 Stellen für Regierungsbeschäftigte – also 2.500 insgesamt – in den Polizeibehörden, um die Polizei weiter zu entlasten. Das bedeutet mehr Polizistinnen und Polizisten insgesamt und vor allem mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße.

Zur aktuellen Personalsituation: Mit Stand vom 1. Oktober 2020 arbeiten in der Polizei NRW rund 56.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei handelt es sich zum 1. Oktober eines Jahres immer um den jährlichen messbaren Höchststand, weil zu diesem Zeitpunkt das Nachersatzverfahren und alle Ausbildungseinstellungen abgeschlossen sind. Im Laufe der Zeit wird die Zahl dann natürlich wieder kleiner, weil Personen die Ausbildung vorzeitig verlassen oder in Pension gehen.

Von diesen 56.000 sind rund 40.000 als Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, 1.000 als Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamte und 7.500 als Regierungsbeschäftigte tätig. Weitere rund 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich derzeit in der Ausbildung. Wir sind also auf einem ganz guten Weg.

Trotzdem bleibt das Personalproblem bestehen, weil wir uns eben keine Polizisten backen können. Wir brauchen Zeit, aber die Zahlen wachsen an. Wir können durchaus erste Erfolge sehen; ich finde die Zahlen schon sehr beachtlich. Wir müssen aber alle aufpassen, dass wir die unterschiedlichen Bereiche auseinanderhalten, wenn wir über die Zahlen reden.

Hartmut Ganzke (SPD) stellt die Änderungsanträge¹ seiner Fraktion anhand ihrer schriftlichen Begründungen vor und stellt in Aussicht, wenn Schwarz-Gelb auch nur einem Änderungsantrag seiner Fraktion zustimme, werde diese im Gegenzug dem Einzelplan 03 zustimmen.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) weist mit Blick auf den Etat des Innenministers auf die vierte Steigerung des Haushalts in Folge trotz der schwierigen Coronalage hin für 9.500 Bodycams, 20.000 Smartphones, Drohnen und ein neues dezentrales Übungsgelände der Feuerwehr in Düren. Im Vergleich zu 2017 gebe es zudem 10 % mehr Beschäftigte in der Polizei insgesamt, wobei gerade die Tarifbeschäftigten die Polizistinnen und Polizisten von administrativen Tätigkeiten entlasteten. In diesem Zusammenhang führe die Landesregierung auch die Digitalisierung konsequent weiter.

Trotzdem gelte es, noch mehr Personal auf die Straße zu bringen, zumal die Ordnungsbehörden der Kommunen völlig unterbesetzt seien, sodass die Polizei zum Beispiel Einsätze aufgrund der Coronaschutzverordnung wahrnehme, was zu einer enormen zusätzlichen Belastung führe.

¹ siehe Vorlage 17/4249.

Wenn die Opposition schon die strategische Fahndung kritisiere, sollte sie auch kritisch auf die Forderung eines periodischen Sicherheitsberichts schauen, dessen Wirksamkeit er zudem bezweifelt.

Markus Wagner (AfD) stellt die Änderungsanträge² seiner Fraktion anhand ihrer schriftlichen Begründungen vor. Die erforderlichen Mehrausgaben kompensiere seine Fraktion an anderer Stelle mehr als auskömmlich. Sodann möchte er wissen, was die Landesregierung mit berufsethischen Erfahrungsräumen für zentrale Fragestellungen einer adäquaten polizeilichen Wertorientierung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten meine.

Verena Schäffer (GRÜNE) begrüßt, dass Schwarz-Gelb angesichts ihrer Belastung mehr Geld für den Stellenaufwuchs bei der Polizei vorsehe und damit die rot-grüne Linie seit 2011 fortführe.

Sie bittet um Erläuterung der Stellenhebungen von A 16 auf B 2 im Innenministerium.

Sodann bezeichnet sie globale Minderausgaben als grundsätzlich intransparent, weil das Parlament nicht erkennen könne, an welchen Stellen die Verwaltung das entsprechende Geld einsparen wolle, weshalb sie um Ausführungen zum Ansatz in Kapitel 03 020 Titel 519 11 bitte.

Sie möchte wissen, ob für die Software der Firma Palantir im Jahr 2021 tatsächlich keine weiteren Haushaltsmittel für Lizenzen erforderlich würden. Der Haushalt für das Jahr 2019 habe nicht klar ausgewiesen, dass die Landesregierung mit den Mitteln eine Lizenz für die Palantir-Software kaufen wolle, sodass das Parlament überhaupt nicht wisse, was die schwarz-gelbe Landesregierung mit den bewilligten Mitteln tatsächlich finanziere.

Zwar stelle sie sich nicht grundsätzlich gegen die Videobeobachtung, halte aber ihre Ausweitung auf Grundlage des neuen Polizeigesetzes für sehr problematisch. Gleiches gelte für die Quellen-TKÜ.

Marc Lürbke (FDP) stellt fest, Schwarz-Gelb bleibe der bisherigen Linie treu und unterstütze diejenigen mit mehr Personal und besserer Ausstattung, die für die Sicherheit sorgten. So gebe es 2.760 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter, also so viele neue Stellen wie unter keiner früheren Landesregierung.

Damit unterstütze Schwarz-Gelb den Kampf gegen Terror, Kindesmissbrauch und Cybercrime, wenn man auch nach wie vor von einer sehr großen Belastung sprechen müsse, weshalb er den Fortschritt bei den Lebensarbeitszeitkonten für richtig halte. Die Beamtinnen und Beamten könnten sich darauf verlassen, dass ihre geleisteten Überstunden nicht verfielen.

Markus Wagner hält er entgegen, gerade diese Landesregierung habe sich doch für die Einführung der Taser eingesetzt, wobei man sorgfältig darüber nachdenken

² siehe Vorlage 17/4249.

müsse, wie und wo man sie in Nordrhein-Westfalen einsetze, sodass es nicht ausreiche, auf die rheinland-pfälzischen Erkenntnisse zurückzugreifen.

Das System der Zulagen zu ändern, sei zudem stets ein heikles Unterfangen, weil man leicht neue Ungerechtigkeiten schaffen könne.

Hartmut Ganzke widerspricht er, es gebe augenscheinlich gute Gründe, warum die bisherigen Sicherheitsberichte nie fortgesetzt worden seien.

Gregor Golland (CDU) schließt sich Marc Lürbke weitgehend an und unterstreicht, der Stellenaufwuchs reiche gerade eben aus, das bisherige Niveau zu halten, um die wachsenden Aufgaben der Polizei zu erledigen. Deshalb müssten auch zukünftige Landesregierungen die hohen Einstellungszahlen fortschreiben. In diesem Zusammenhang spricht er von einer Trendumkehr im Vergleich zu den früheren Landesregierungen. Dass die SPD bereit sei, bei Zustimmung der Koalition zu nur einem ihrer Änderungsanträge dem gesamten Einzelplan zuzustimmen, zeige ihre Zufriedenheit mit der Arbeit von Schwarz-Gelb.

Hartmut Ganzke (SPD) weist Marc Lürbke auf den Koalitionsvertrag hin, der die Prüfung der Verbindung der Polizeilichen Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistik zu einer einheitlichen Verlaufsstatistik im Rahmen einer Machbarkeitsstudie vorsehe, sodass er wissen wolle, ob dieser Haushalt Mittel für eben diese Machbarkeitsstudie vorsehe.

Minister Herbert Reul (IM) antwortet Markus Wagner, Grenzgang und Krafraum halte er für brillante Einrichtungen, um den Polizisten dabei zu helfen, mit den Schwierigkeiten in ihrem Beruf fertigzuwerden. Die Probleme im Zusammenhang mit Rechtsextremismus zeigten, dass wahrscheinlich auch die Erfahrungen der Polizisten eine Rolle spielten. Deshalb habe er um eine weitere Einrichtung in Brühl gebeten, die die Landesregierung trotz der komplizierten Liegenschaftssituation nun angehen wolle. Damit versuche man, eine bessere Erreichbarkeit zu ermöglichen und so die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer zu erhöhen.

An Hartmut Ganzke gerichtet führt er aus, er halte es nicht für notwendig, immer alles eins zu eins umzusetzen, denn die Machbarkeitsstudie werde bereits auf Bundesebene durchgeführt, die Schwarz-Gelb abwarten wolle, um Doppelarbeit zu vermeiden.

Die Fülle an Ideen im Bosbachbericht werte man nun detailliert aus. Die Landesregierung sei aber noch unentschieden, ob sie einen Sicherheitsbericht einführen wolle, der zwei Schwachstellen habe, nämlich zum einen immer in die Vergangenheit zu blicken, wobei er den prognostischen Blick für wichtig halte. Zum anderen seien die bisherigen Sicherheitsberichte nie fortgesetzt worden, wofür die Landesregierung zunächst den Grund erfahren wolle.

MR'in Hanna Ossowski (IM) antwortet Verena Schäffer, bei der Beantwortung der Frage ihrer Fraktion nach den globalen Minderausgaben habe sich die Landesregierung an der Ausweisung in der Jahresrechnung orientiert.

Die Annexkosten gehörten zu den Personalkosten, bei denen es Minderausgaben im Ministerialkapitel und in den Bezirksregierungen gebe, weil in früherer Zeit sehr viele Stellen für die Flüchtlingshilfe eingerichtet worden seien, sodass man die Annexkosten nicht in voller Höhe gebraucht habe.

Die Polizeifahrzeuge seien nicht zum Kauf angeboten worden. – Weil es im Jahr 2019 keine Schadensereignisse gegeben habe, seien auch die 3 Millionen Euro Soforthilfe für Elementarschäden nicht benötigt worden.

Beim Verstärkungsansatz in Höhe von 1 Million Euro handele es sich um nicht abgerufene Mittel für Instandhaltungen und Schönheitsreparaturen.

MDgt Stefan Muich (IM) schließt an, an den Polizeifahrzeugen erkenne man den Sinn der globalen Minderausgaben für die Verwaltung. Dass Verena Schäffer sie nicht für transparent halte, könne er zwar nachvollziehen; im vorliegenden Fall habe aber ein Hersteller seine Zusage, Fahrzeuge bis zum Jahresende zu liefern, sehr kurzfristig nicht eingehalten, womit ein erheblicher Betrag nicht mehr im Haushaltsjahr habe verausgabt werden können. So etwas könne man nie im Voraus festlegen, sodass es im Ergebnis auch keine Transparenz geben könne. Für den Finanzminister sei lediglich wichtig, dass die Ressorts die globalen Minderausgaben erbringen.

Die Stellenhebungen von A 16 auf B 2 gehe auf den Umstand zurück, dass das Ministerium die mit Polizeivollzugsbeamten besetzten Referatsleitungen der Polizeiabteilung im Gegensatz zu den sonstigen Referatsleitungen im Innenministerium maximal mit A 16 besoldet habe, was man nicht mehr für zeitgemäß halte. In anderen Häusern gebe es unterschiedliche Besoldungen von Referatsleitungen, was aber auch mit anderen Referatszuschnitten zusammenhänge. Im Innenministerium spreche man über vergleichsweise große Referate.

MDgt'in Dr. Daniela Lesmeister (IM) teilt mit, für Lizenzkosten für die Palantir-Software seien im kommenden Jahr etwa 4 Millionen Euro eingeplant, wobei es sich nicht um eine Anschaffung im klassischen Sinne handele.

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der Fraktionen ab, siehe Vorlage 17/4249.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.



Marc Lürbke MdL
Innenpolitischer Sprecher



Dr. Christos Katzidis MdL
Innenpolitischer Sprecher

Dr. Christos Katzidis MdL, CDU-Landtagsfraktion NRW
Marc Lürbke MdL, FDP-Landtagsfraktion

11. November 2020

An den
Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Daniel Sieveke MdL

– im Hause –



Beantragung eines Berichtswunsches für die Sitzung des Innenausschusses am 19. November 2020

Sehr geehrter Herr Sieveke,

für die o.g. genannte Sitzung des Innenausschusses beantragen wir im Namen der Fraktionen von CDU und FDP folgenden Tagesordnungspunkt:

Personalsituation bei der Polizei NRW

Dem Haushaltsplan für das Jahr 2021 ist die Personalentwicklung in der Polizei NRW zu entnehmen, zumindest bei den Planstellen für Beamtinnen und Beamte und den Stellen für die Tarifbeschäftigten. Eine Differenzierung im Beamtenbereich zwischen Verwaltungsbeamtinnen und -beamten auf der einen Seite und Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten auf der anderen Seite enthalten die Haushaltspläne nicht.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung im Rahmen eines mündlichen Berichts um die Beantwortung der Frage, wie sich die aktuelle Personalsituation bei der Polizei NRW darstellt.

Bitte differenziert darstellen nach Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, Verwaltungsbeamtinnen und -beamten, Tarifbeschäftigten sowie Kommissarsanwärterinnen und -anwärtern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christos Katzidis MdL

Marc Lürbke MdL

